Neuer Stahlkonzern Krupp – Klöckner

Arbeitsplatzabbau ohne Ende

Eine neue Stufe des Konkurrenzkampfes auf Kosten der Arbeitsplätze

39,4 Millionen Tonnen Rohstahl hat die deutsche Stahlindustrie 1984 produziert, ihr bestes Ergebnis seit 1981 (41,6 Millionen Tonnen). Entsprechend werden die Gewinne sein.

Trotzdem gehen Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau weiter, in Zukunft ist mit einer noch schärferen Gangart zu rechnen. Denn die geplante Fusion Krupp-Klöckner mit dem australischen Rohstoffkonzern CRA wird den Konkurrenzdruck auf die anderen deutschen und europäischen Stahlproduzenten massiv steigern.

Um ein Auskonkurrieren der Stahlindustrie mit Firmenzusammenbrüchen und politischen Schwierigkeiten zu verhindern, hat sich in der EG seit 1975 ein Preis- und Produktionsquotensystem durchgesetzt. Ferner wurden die Sozialpläne mitfinanziert, auch Subventionen gezahlt. Das Ziel war, den Belegschaftsabbau zu verteilen. Überall sollte eine Minderheit der Belegschaft betroffen sein, zuerst kleinere Betriebe schließen. Eine betroffene Minderheit sollte sich nicht auf die Solidarität der Mehrheit stützen können. Dauerhaften Massenprotest und soziale Unruhe vermied die Stahlindustrie so.

Diese planvolle, langwierige Politik hatte zur Folge, daß sich die Arbeitslosigkeit an allen Stahlstandorten stark erhöhte. Die junge Generation fand keine Arbeit.

Nach 10 Jahren Stahlkrise steht die Stahlindustrie Europas mit einer modernisierten Produktion da, die konkurrenzfähige Qualitätsprodukte erzeugen kann. Dagegen sind die Staaten und Kommunen verschuldet und haben dazu das

Problem der Dauerarbeitslosigkeit. Die Stahlindustrie Europas hat damit ihre Lasten und Verantwortung auf die Allgemeinheit abgewälzt und sich selbst saniert.

Die deutsche Stahlproduktion liegt noch immer um 25% niedriger als 1974. Mit einer größeren Ausweitung des Absatzes ist nicht zu rechnen. Bau-, Werft- und Autoindustrie, die allein zwei Fünftel des Stahls abnehmen, finden keine unbegrenzt aufnahmefähigen Absatzmärkte vor. Der Stahlverbrauch der Länder der »Dritten Welt« wächst nur noch geringfügig und wird teilweise aus eigener Produktion gedeckt. Die sozialistischen Staaten sind ebenfalls nur begrenzte Absatzmärkte. Im Konkurrenzkampf der entscheidenden kapitalistischen Mächte sitzen die USA am längeren Hebel und zwingen der europäischen Stahlindustrie und Japan Importbeschränkungen auf, die wiederum den Konkurrenzkampf und Subventionswettlauf der Stahlindustrie weltweit verschärfen. Gekämpft wird um die Frage, welches Kapital in welchem Umfang die Verluste aus dem Abbau der weltweiten Überkapazitäten tragen soll.

In den letzten zehn Jahren ist mehr als ein Drittel der Arbeitsplätze (127.000) in der deutschen Stahlindustrie vernichtet worden, doch der Beschäftigtenabbau ist noch nicht zu Ende. Jetzt suchen die Stahlkonzerne auf internationaler Ebene kapitalkräftige Bundesgenossen, um einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise zu finden. Ihr Konzept heißt: Schaffung noch größerer Einheiten, Ausdehnung des Einflusses auf Weiterverarbeitung und Handel, Senkung der Kosten durch Konzentration der Produktion auf weniger Anlagen, neue Produktionsverfahren, Verbilligung der Rohstoff- und Arbeitskosten, Anwendung der Elektronik. Alles mit dem Ziel der Arbeitsplatzvernichtung, jetzt auch ohne Rücksicht auf traditionelle Standorte.

Durch die weitere Kapitalkonzentration werden die Existenzbedingungen der Arbeiter und Angestellten immer prekärer, die Mittel gewerkschaftlicher Verteidigung immer stumpfer. Während ein immer höherer Prozentsatz des Kapitals für Rohstoffe, Gebäude und Maschinen verausgabt wird, muß eine relativ sinkende Arbeiterzahl den Profit erzeugen. Dies ist nur möglich bei fortgesetzter Steigerung der Ausbeutung. Jede Marktschwankung aber, d.h. Unterauslastung der teuren Anlagen treibt die Stückkosten (Kosten pro produzierte Einheit) in schwindelnde Höhen. Das Kapital ist dann gezwungen, diese enorme Kostenprogression durch radikale Senkung der Lohnkosten aufzufangen bzw. abzumildern.

Insofern nimmt der Angriff auf Sozialpläne, Löhne und den Tarifabschluß bei Arbed Saarstahl schon die Zukunft vorweg. Das Vorstandsmitglied der »Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie«, Vondran, rechnet vor, daß die Sozialpläne der Stahlindustrie in den letzten Jahren fast das Investitionsvolumen eines Jahres gekostet haben. Er fordert: *»Wir müssen das beenden, wenn wir deutlich machen wollen, daß diese Industrie eine Zukunft hat.«* Der Chef der niederländischen Hoogovens-Gruppe, der auch Sprecher des europäischen Stahlkartells Eurofer ist, hat klar gemacht, noch weitere 100.000 Arbeitsplätze müßten in der Stahlindustrie der EG in den nächsten Jahren abgebaut werden.

»Stahlfusion mit neuen Dimensionen«

Unter diese Überschrift stellen die Stahlunternehmen Krupp und Klöckner ihre Fusionspläne. Als Hintergründe werden ausdrücklich benannt: Auch mittelfristig übersteigen die Erzeugungsmöglichkeiten für Roh- und Walzstahl beträchtlich die zu erwartende Nachfrage. Da die *»im Alleingang zu verwirklichenden Effekte«* der Rationalisierung ausgeschöpft sind, müsse man jetzt zu einer größeren Einheit kommen, die *»im Weltmaßstab technisch und wirtschaftlich in allen wesentlichen Produktlinien langfristig wettbewerbsfähig bleibt oder wird.«* Nicht verschwiegen wird, daß die neue Gesellschaft weitere Kapazitätsanpassungen vornehmen wird. *»Kleine Schritte bewirken hier nichts; die notwendigen großen lassen die Frage nach der Standorterhaltung laut werden«* (Herbert Gienow, Vorstandsvorsitzender der Klöckner Werke).

In die neue Gesellschaft »Stahlwerke Krupp-Klöckner GmbH« (SKK) bringt Krupp 35% von 1,5 Milliarden in Form von Sachwerten ein und Klöckner 30%. Der australische Rohstoffkonzern CRA bringt seinen Anteil von 35% (525 Mio DM) durch die Lieferung von Erzen auf. Gleichzeitig übernimmt die neue Gesellschaft alte Schulden in Höhe von 5 Milliarden DM. Es wird versichert, diese Eigenkapitalquote entspreche der anderer deutscher Stahlunternehmen. Sollte die Fusion Bestand haben, so würde das neue Unternehmen nach Thyssen den zweiten Platz der europäischen Stahlerzeuger einnehmen: Rohstahlerzeugung ca. 9 Millionen Tonnen, Umsatz ca. 10 Mrd DM, Beschäftigte jetzt 43.000. Die Fusionspartner erwarten jährliche Kostensenkungen in Höhe von 300 Mio DM.

Krupp und Klöckner haben erklärt, daß sie sich nicht verantwortlich fühlen für die Geschäfte von SKK. Das heißt, SKK soll sich selbst tragen und alles aus den Gewinnen finanzieren, die sie über den Verkauf ihrer Stahlerzeugnisse machen. Von den Verbindlichkeiten von 5 Milliarden herunterzukommen dürfte dabei nicht gewollt sein. Denn wenn die Stahlunternehmen Gewinne machen, müssen sie bestimmte staatliche Gelder wieder zurückzahlen. Deshalb haben die Konzerne ihre Stahlbetriebe ausgegliedert und die Schulden in ihnen gelassen. Indirekt drohen sie jetzt, den Staat vor die Entscheidung zu stellen: Wenn dieser Konzern nicht konkurrenzfähig wird, dann werden mehr als die genannten 4000 Arbeitsplätze vernichtet. Deshalb soll der Staat diesen Konzern mit flüssigem Kapital ausstatten. So wird Druck auf die Politiker ausgeübt, am Ende steht dann in allen Fällen Arbeitsplatzvernichtung.

Die Warnung des früheren Wirtschaftsministers Lambsdorff, daß man darauf achten müsse, daß die Konzerne ihre Stahlunternehmen nicht als *»Skelette ohne Eigenkapital einfach aussetzen und dann die öffentliche Hand die Kapitalfürsorge übernimmt«*, dürfte vergeblich sein. Die Stahlindustriellen wiederholen nur, was sie in der Bergbaukrise gelernt haben: wertvoller Grundbesitz und Beteiligungen blieben bei den Muttergesellschaften, nur die verlustreichen Bergwerke wurden der Ruhrkohle zur staatlichen Unterstützung überlassen.

Der Dritte im Bunde: CRA

Der australische Rohstoffkonzern »Conzinc Rio Tinto of Australia« (CRA) gehört zu den größten Unternehmungen in Australien. Ursprünglich waren in der CRA die australischen Interessen der britischen Rio-Tinto-Gruppe zusammengefaßt. Heute ist diese Gruppe noch mit 53% an der CRA beteiligt. Die Aktivitäten des Konzerns betreffen die Exploration und den Abbau sämtlicher Mineralien und Metalle sowie die Förderung von Kohle, Erdöl und Erdgas. Die in der Krise zurückgegangene Nachfrage nach Rohstoffen zwingt den Konzern, seine Basis zu verbreitern und in die nachgelagerten Bereiche der industriellen Verarbeitung einzudringen. Entsprechend sucht er die Zusammenarbeit industrieller Verarbeiter in Japan, den USA und Europa. Seit 1981 bestehen Beziehungen zu Klöckner zur gemeinsamen Verwertung neuer Technologien im Metallurgiebereich und in der Kohlevergasung. Das Ziel der CRA ist auch die Verarbeitung dieser Rohstoffe in Australien, wobei sich die mit Kohle arbeitenden Klöckner-Verfahren anbieten.

Weiter versprechen sich CRA und die deutschen Unternehmen Erfolgschancen in der Kooperation auf den expandierenden Märkten Südostasiens und Chinas. Da Japan seine Erz- und Kohleeinfuhren zurückgenommen hat, ist CRA an sicherem Absatz in Europa interessiert.

Der Hüttenvertrag der Ruhrkohle AG (RAG) mit dem ausschließlichen Lieferrecht an die deutschen Stahlfirmen läuft 1988 aus. Dann könnte SKK Kohle oder auch Koks zum günstigen Weltmarktpreis beziehen. Die inländische Kohle

Beilage zur Arpo 2/85
9.3.1985

Arbeiterpolitik
INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübbe · Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V. Postfach 150247 · 2800 Bremen 15

nimmt dann eine Außenseiterposition ein — wie in England. Steht ein Zechensterben bevor, wenn der Staat die Kohle nicht mehr verkaufen kann? 1985 wird weiter über einen neuen Hüttenvertrag verhandelt. Die Stahlkonzerne verlangen, daß der Ausgleich zwischen Weltmarktpreis und den Selbstkosten der Ruhrkohle AG, der z.Z. auf 50 DM/t beziffert wird, **ganz** der Staat tragen soll. Erreichen sie das, erhalten die Stahlkonzerne Kohle bzw. Koks aus deutschen Gruben zum Weltmarktpreis. Hierbei geht es um riesige Mengen: 1984 nahm die Stahlindustrie ca. 34 Mio. t ab — der größte Abnehmer, die Elektrizitätsindustrie, kaufte rd. 40 Mio. t.

Das Engagement von CRA kommt der Stahlindustrie deshalb zur Erpressung von Dauersubventionen für billige Kohle gerade recht.

Die Fußangel: Subventionen

Der Rohstoffkonzern CRA verknüpft seine Beteiligung an der Fusion an die Bedingung, daß die Bundesregierung Flankenschutz gewährt. Im Gespräch sind Hilfen in Höhe von 850 Mio DM. Der CRA-Verwaltungsratsvorsitzende droht wörtlich: »*Ohne die Zusammenarbeit von Krupp und Klöckner plus der Unterstützung durch die Bundesregierung wären wir nicht daran interessiert gewesen, in der Bundesrepublik zu investieren.*«

Zusätzlich zu den bereits für Krupp und Klöckner bewilligten Subventionen in Höhe von insgesamt ca. 1 Mrd DM vor der Fusion fordern die Fusionspartner noch mehr Geld. Ihre Rechnung: Durch die Fusion komme es zu Betriebsstillegungen, die Teilwerteabschreibungen in Höhe von rund 500 Mio DM und Sozialplanaufwendungen von etwa 200 Mio DM erforderten. Im alten Stahlhilfeprogramm habe die Regierung davon 50%, also 350 Mio übernommen. Darüber hinaus habe der Staat die Fusion von Krupp und Thyssen, die dann gescheitert sei, mit 500 Mio DM versüßen wollen. Eine gleiche Summe fordern jetzt die neuen Fusionspartner.

Der Bund und die Landesregierungen wollen dieser Logik noch nicht folgen. Sie hatten 3 Mrd. DM für die Alleingangskonzepte vorgesehen. Hinzu sollen jetzt die Hilfen für SKK kommen. Dazu wollen Krupp und Klöckner die bestehenden gesetzlichen Regelungen beanspruchen, doch Zusagen aus den Alleingangskonzepten sollen fallen: die Garantie der Standorte. Die Politiker sehen sich verschaukelt. Wegen der politischen Brisanz dieser Unternehmerentscheidungen zögern sie mit Zahlungen. Dabei bleiben sie allein, die Banken fordern wegen der Kosten- und Gewinnvorteile Subventionszahlungen.

Stillegungspläne und Schwüre der Politiker

Schnell wurde bekannt, daß die Fusionspläne im ersten Schritt 4000 Arbeitern und Angestellten die Arbeitsplätze kosten. Stillgelegt werden sollen:

- Die Walzstraßen und das KS-Stahlwerk in Georgsmarienhütte bei Osnabrück,
- die Mittelbandstraße von Krupp in Leverkusen (ehemals Wuppermann),
- das Kaltwalzwerk Haidhof der Maxhütte in Bayern,

zusammen sollen es 3900 Arbeitsplätze sein.

Etwa 1000 Arbeitsplätze, so versichern die Unternehmer, kämen infolge der Fusion wieder hinzu, weshalb der Gesamtverlust bei ca. 2900 Arbeitsplätzen liegen soll.

Die Schließung von Betrieben bzw. Betriebsteilen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern trifft einen empfindlichen Nerv der jeweiligen Landespolitiker. Immer wieder waren sie von den Unternehmen in Anspruch genommen worden, um Bundes- und Landesmittel für die Sanierung der jeweiligen Stahlstandorte zu beschaffen — unter Hinnahme von Entlassungen versteht sich. Dafür durften sie schließlich vor den geschrumpften Belegschaften die neugewonnene Sicherheit der Arbeitsplätze preisen — bis zur nächsten Entlassungsaktion.

Georgsmarienhütte — Osnabrück — Niedersachsen

Als Zeitungsmeldungen über eine geplante Fusion Krupp/Klöckner erschienen, war besonders der Belegschaft der Georgsmarienhütte (GMH) klar, daß ihr von den Hauptstahlproduktionsstätten abliegender Betrieb der größten Gefahr ausgesetzt war, geschlossen zu werden. In Demonstrationen und Kundgebungen traten sie mit ihren Betriebsräten und der IG Metall auf und verlangten: Unser Werk darf nicht geschlossen werden. Ca. 2000 Kollegen der Georgsmarienhütte fuhren am 7. November mit einem Sonderzug nach Hannover zum Landtag und erinnerten Ministerpräsident Albrecht an sein Versprechen, daß die Georgsmarienhütte nie dicht gemacht werden würde.

In der aktuellen Stunde im Landtag bekannte sich die niedersächsische Regierung noch einmal ausdrücklich zum Standort Georgsmarienhütte. Abends nach der Debatte berieten Ministerpräsident Albrecht und Wirtschaftsministerin Breuel mit Vorstandsmitgliedern beider Konzerne über Pläne zur Rettung von GMH. Zu diesem Zeitpunkt war der Brief der Stahlunternehmer an Minister Bangemann mit den fertigen Stillegungsplänen jedoch schon unterwegs, ohne daß die Vorstände dies zu erkennen gaben. Zwei Tage später in einer erneuten Debatte empörte sich die SPD-Opposition: »*Wir lassen uns von einem Konzern nicht zu Hampelmännern machen.*«

Die Landesregierung und die Kommune Georgsmarienhütte sowie der Landkreis Osnabrück wurden in der Vergangenheit immer wieder finanziell zur Ader gelassen — insgesamt über 70 Mio DM, um Arbeitsplätze auf der Georgsmarienhütte zu zerstören, um die anderen angeblich sicher zu machen.

An der Arbeitsplatzvernichtung, die überwiegend mit Sozialplänen verbunden war (zuletzt ab 55 Jahre mit 100% Ausgleich), hat der Betriebsrat immer bereitwillig mitgemacht. Jetzt erst, als die Firma zum Dank das restliche Werk schließen will, beginnt der Abwehrkampf. Vor ca. 10 Jahren gab die Hütte über 6000 Kollegen Arbeit, heute sind noch ca. 2400 dort beschäftigt. Die übriggebliebenen Kollegen fühlten sich sicher, zuletzt auch deswegen, weil Klöckner den Prototyp des KS-Stahlwerkes dort 1982 in Produktion genommen hatte. Dieses Stahlerzeugungsverfahren ist auch interessant für CRA, um sich mit Klöckner zu verbinden. Doch da die Produktion der Walzstraßen auf der GMH von anderen Krupp- und Klöckner-Betrieben nach und nach übernommen werden soll, droht (nach der Planung) auch für dieses neue Stahlwerk ab 1986 das Aus.

Klöckner hat jetzt verkündet, daß in Japan und in USA je ein KS-Stahlwerk in Lizenz gebaut wird. Dort kann man die mit 50 Mio. DM des Bundesministeriums für Forschung (BMFT) entwickelten Patente der KS-Technologie verwenden. Keine Gewinne der Hütte bzw. deren Schließung bedeuten auch keine Rückzahlung dieser Gelder. Außerdem ist der Osnabrücker Standort inzwischen als ungünstig erkannt, z.B. sind die Schrottpreise dort zu hoch. Bei einer Schließung würde SKK für die Kapitalvernichtung 50% der Summe als Teilwertabschreibung kassieren. Dieses Geld ist dann profitabel und zukunftsträchtig in den großen Standorten zu investieren. Alles das sind Gründe, die im Interesse der Unternehmer für die totale Entlassung der Belegschaft sprechen.

Nicht nur, daß die bisher investierten staatlichen Gelder verloren gehen sollen, die Kommune Georgsmarienhütte wird mit einer Arbeitslosigkeit von ca. 30% betroffen, da noch ca. 2000 Arbeitsplätze an der Hütte dranhängen. Gleichzeitig erweisen sich die Versprechungen der Politiker als Luftblasen. Das hat besondere Bedeutung im ländlichen Bereich Osnabrück, weil dort die CDU die einflußreichste politische Partei ist. 2/3 der Betriebsratsmitglieder der GMH sind CDU-Mitglieder.

Der 2. Betriebsratsvorsitzende der Hütte, Sandkämper, auch niedersächsischer Landtagsabgeordneter der CDU, rühmte sich immer seiner Verbindung zur Landesregierung und baute auf Versprechen, daß die Politiker in Niedersachsen die Schließung des Stahlstandortes Georgsmarienhütte nicht mitmachen würden. Erst am 8.8.84 gab Klöckner dem Land Niedersachsen und dem Betriebsrat schriftlich: der Standort wird bestehen bleiben, weil mit einer Stranggußanlage die Produktion Gewinn bringt. Diese Anlage soll gebaut werden. Geschieht dies nicht, zahlt Klöckner Geld zurück. Bis jetzt wurde nicht mit dem Bau begonnen, doch für das Alleingangskonzept der GMH Geld gegeben.

Für die von den Welt- und Euromarktverhältnissen bestimmten Geschäfte der Krupp und Henle sind solche Versprechungen und bisherigen Subventionen kein Hindernis. Das muß jetzt auch die CDU in Niedersachsen erfahren. Erst einmal

Politiker unter dem Druck der Belegschaft und der Unternehmer

Die Aktionen der Kollegen der Georgsmarienhütte

1886 Gründung der Eisenhütte »Georgsmarienhütte«

Sept. 1982 Stillegung der SM-Öfen, Inbetriebnahme des Prototyps des Stahlwerkes nach dem Klöckner-Stahlverfahren (KS)

18. 10. 1984 Meldung der Fusionspläne, erstes Flugblatt des Betriebsrates, Befürchtung der Schließung der Hütte

21. 10. 1984 Sondersitzung des Stadtrates von Georgsmarienhütte, Empörung über die Schließungsdrohung

24. 10. 1984 Ca. 150 GMH-Kollegen demonstrieren vor der Duisburger Konzernverwaltung

26. 10. 1984 Betriebsversammlung, anschließend Demonstration. Kundgebung der IGM mit ca. 10000 Teilnehmern, Solidaritätserklärungen aller Parteien, der Landesregierung usw. Niedersachsens Finanzminister Ritz versichert, Bundeskanzler Kohl hat »ja zur geplanten Stahlfusion von Klöckner und Krupp gesagt und auch ja zur Georgsmarienhütte«.

7. 11. 1984 Landtagsdebatte über die Stahlfusion. Demonstration von ca. 2000 Kollegen der GMH dazu in Hannover, Albrecht: *»...völlig unvorstellbar..., daß der Standort aufgegeben wird«, »...es gibt keine müde Mark...«* Wirtschaftsminister Breuel spricht von der besten Belegschaft der Stahlindustrie *»sie habe bei allen Maßnahmen voll mitgezogen«.*

7. 11. 1984 Vor Politikern und Beamten sagt Bangemann in Osnabrück, daß es nach geltendem Recht nicht möglich sei, die Gewährung von Subventionen an Stahlkonzerne davon abhängig zu machen, ob ein Werk geschlossen oder weiterbetrieben werde. Ausschlaggebendes Kriterium sei die Lebensfähigkeit des Unternehmens.

9. 11. 1984 Der Brief von Krupp und Klöckner vom 7. 11. 84 an Bangemann, in dem die Stillegungsabsicht klar ausgesprochen wird, wird bekannt.

10. 11. 1984 Große Kulturveranstaltung der IGM-Jugend mit politischen Liedern und Worten der Solidarität.

12. 11. 1984 Sondersitzung des Kreistages. Betriebsratsmitglieder demonstrieren im Osnabrücker Rathaus anläßlich des Empfanges von Bundesforschungsminister Riesenhuber. Der konnte keine Zusage geben, bedankte sich ausdrücklich für die faire und gute Art der Demonstration (später 2 weitere Aktionen bei Besuchen von Bundesministern)

15. 11. 1984 Eine gemeinsame Delegation von Kollegen der GM-Hütte und Wuppermann auf der IGM-Bundes-Vertrauensleutekonferenz ergreift das Wort. Interview der »Neuen Osnabrücker Zeitung« (NOZ) mit dem IGM-Vorsitzenden Mayr, der angesichts der *»äußerst besorgniserregenden Entwicklung«* in den Unternehmen von Krupp und Klöckner ein Treffen mit Kohl für *»dringend erforderlich«* hält. In einem Brief an Kohl habe er geschrieben, daß die Erhaltung der Stahlstandorte eine wichige Voraussetzung für öffentliche Hilfen seien. Die IG Metall halte eine grundsätzliche Neuordnung der Stalindustrie für unvermeidlich.

16. 11. 1984 IGM-Vertreterversammlung, Bekanntgabe, daß bisher 15000 Unterschriften für den Erhalt der Hütte gesammelt wurden.

Brief der GMH-Führungskräfte an Kohl: Der Stahlstandort sei lebensfähig und müsse erhalten bleiben.

19. 11. 1984 Leserbrief von Sandkämper (CDU-MdL und 2. BR-Vorsitzender von GMH) in der NOZ: *»Am Standort Georgsmarienhütte werden zur Zeit Überschichten gefahren, um alle Aufträge termingerecht abzuwickeln. Am Krupp-Standort Siegen/Geisweid, dem Werk mit der gleichen Produktionspalette, macht man ebenfalls Überschichten, um die Arbeit fertigzubekommen. Es besteht überhaupt nicht die Notwendigkeit, einen Standort zu opfern.«*

20. 11. 1984 BR-Delegation zum Empfang von I. Adam-Schwaetzer (FDP)

22. 11. 1984 Die IGM-Bevollmächtigten des Bezirkes Münster fordern, *»wenn geschrumpft wird, muß an allen Standorten geschrumpft werden.«*

23. 11. 1984 Pressebericht über eine Tagung des SPD-Bezirksausschusses, in einer Resulution wird u. a. gefordert, *»auch eine Vergesellschaftung der Stahlindustrie nicht auszuschließen«.*

28. 11. 1984 Der Betriebsratsvorsitzende der GMH, Brandhorst, spricht vor den Vertrauensleuten der Bremer Hütte

28. 11. 1984 Die Handwerkskammer Osnabrück fordert eine Sicherung des Stahlstandortes wegen der Folgen für mittelständische Betriebe. Schnitker, Präsident des Zentralverbandes Handwerk und Klöckner-Aufsichtsratsmitglied, soll sich dafür einsetzen.

29. 11. 1984 NOZ: Europa-Abgeordneter Pöttering in einem Brief an Bangemann: Es gehe auch um die Glaubwürdigkeit von Politik und Wirtschaft.

November/Dezember 1984 In Versammlungen von Gewerkschaften, Kirchen, CDU, SPD, Landwirten, Handwerks- und Verkehrsgewerbe wird der Erhalt der GMH gefordert.

5. 12. 1984 Gerhard Schröder, SPD-MdB und Landtagsspitzenkandidat in Niedersachsen, besucht die GM-Hütte.

12. 12. 1984 Aufsichtsratssitzung von Klöckner in Duisburg, keine Beschlußfassung — nur Information. Nachmittags »empfangen« ca. 2000 Demonstranten die vier Vorstandsvertreter, die zu einem Informationsgespräch mit Betriebsräten und den Führungskräften von GMH erschienen sind. Bekräftigung der Stillegungsabsicht bis 1986. Gelächter der Demonstranten, als der Vorstandsvorsitzende Gienow sagt, es würdenErsatzarbeitsplätze und *»erstklassige Sozialpläne«* geschaffen. Bogdany: Es sei unsinnig, von allen Werken *»ein Scheibchen abzuschneiden«*, es müßten ganze Standorte stillgelegt werden. Sprechchöre der Kollegen: *»Mörder, Mörder...«*

21. 12. 1984 Albrecht und Breuel empfangen eine Betriebsratsdelegation und bekräftigen, daß es für die Fusion weder Bundes - noch Landesmittel geben könne, solange die GMH nicht erhalten bleibe.

11. 01. 1985 Der Bezirksvorstand der CDU Osnabrück/Emsland spricht der Landesregierung Dank und Anerkennung aus für den kompromißlosen Einsatz zum Erhalt der Hütte. Sie äußern Enttäuschung über die bisherige Haltung von Krupp und Klöckner.

15. 1. 1985 Schreiben des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel: ...daß die Stahlpolitik in der Bundesrepublik im Kern auf die Erhaltung der Standorte ausgerichtet sein müsse. Diese Aussage beinhalte allerdings auch die Bereitschaft der Sozialdemokraten bei Kapazitätsanpassungen, Mitverantwortung zu tragen. Jeder Stahlarbeitsplatz könne nicht erhalten bleiben, allerdings sei man nicht bereit, Standorte einfach aufzugeben

17. 1. 1985 Einstimmiger Beschluß der AFA-Konferenz Osnabrück Land und Stadt: *»...daß die Stahlindustrie verstaatlicht wird...«*

25. 1. 1985 Betriebsratsdelegation bei Kohl, der sich bemühen will, die Hütte zu erhalten. Kohl: Die Entscheidung über die GMH sei formaljuristisch eine rein privatwirtschaftliche. Ein entscheidungsreifes Konzept liegt noch nicht vor.

29. 1. 1985 Information des Betriebsrates und der IG-Metall: Über 50000 Unterschriften für den Erhalt der Hütte. Es wird die Empörung über die Äußerung von Gienow ausgedrückt, der erklärt hat: *»Wenn alle Betriebsräte beider Unternehmen und nicht nur die von Stillegung betroffenen befragt würden, sei mit einer Zustimmung zu den Fusionsplänen zu rechnen.«* Das sei eine gezielter Versuch, Betriebsräte und Belegschaft zu spalten.

12. 2. 1985 Der BR-Vorsitzende von Wuppermann, Wölper, spricht vor den Vertrauensleuten der Bremer Klöckner-Hütte.

haben sie aber gekontert und die nächste Zahlung von 25 Mio DM verweigert. Daraufhin mußte Bonn auch 50 Mio. sperren.

Natürlich — verkündet Klöckner immer wieder — soll die Schließung erst nach 2 Jahren kommen. Bis dahin soll eine Abteilung nach der anderen stillgelegt werden. Wird erst einmal mit dem für die 50jährigen so schmackhaften Sozialplan abgebaut, dann tritt ein, was anderswo bittere Erfahrung von Kollegen war: Der langsame und schrittweise Abbau demoralisiert, zum Schluß sind die übriggebliebenen jüngeren Kollegen kein Machtfaktor mehr — wie jetzt die 2400. Zum Kämpfen fehlt dann die Kraft. Dann beginnt die Armut in der Kommune Georgsmarienhütte, denn neue Industrien mit Arbeitsplätzen für so viele Kollegen gibt es nicht. Das haben Betriebsrat und Belegschaft erkannt, sie sagen zu dem Angebot eines Sozialplanes für die über 50jährigen nein.

Wuppermann — Leverkusen — Nordrhein-Westfalen

Im Oktober 1983 wollte Klöckner diesen Betrieb kaufen und die Produktion nach Bremen übernehmen. Das Vormaterial für Wuppermann produzierte Krupp-Rheinhausen, hier wären ca. 15 % der Stahlproduktion ausgefallen. Krupp hatte deshalb ein besonderes Interesse, die Produktion in Rheinhausen und Leverkusen zu erhalten, ferner auch das Land NRW, deren Politiker sich für die Arbeitsplätze des Werkes einsetzten. Mit einer Landesbürgschaft von 36 Mio. DM übernahm Krupp Wuppermann. Wirtschaftsminister Jochimsen brüstete sich mit dem Erfolg, die Arbeitsplätze in Leverkusen gerettet zu haben.

Jetzt zeigt sich, daß die Bedrohung der Arbeitsplätze bei Wuppermann nur kurzfristig aufgeschoben wurde. Über Pressemeldungen vom 18. Oktober 1984 erfuhren die Kollegen von den Fusionsplänen. Sie wußten, daß das eine erneute Bedrohung ihrer Arbeitsplätze bedeutete. Auf Nachfragen hin leugneten Vorstandsmitglieder Fusionspläne und Verhandlungen. Der Gesamtbetriebsrat von Krupp schrieb dazu: Der Unternehmensvorstand sei seinen gesetzlichen Informationspflichten nicht nachgekommen. *»Das ist in der Montanindustrie ein bisher einmaliger Vorgang«.* Nach Pressemeldungen demonstrierten ca. 600 Kollegen des Werkes Rheinhausen zum Betriebsrat, um mehr zu erfahren. Anlaß dazu war die Aufsichtsratssitzung am 24. 10. 1984, die Gelegenheit gab, ihre Interessen deutlich zu machen. In dieser Aufsichtsratssitzung wurde — wenige Stunden vor der Information an die Presse — offiziell mit einer kurzen Presseerklärung über die geplante Fusion unterrichtet. Fragen nach den Folgen für die Belegschaften wurden nicht beantwortet, blieben »Pressespekulation«.

Am 7. 11. kam dann der Brief von Krupp und Klöckner an Bundeswirtschaftsminister Bangemann heraus, in dem die konkreten Schließungspläne mit ca. 1000 Betroffenen bekanntgegeben wurden. Nur etwa 250 Arbeitsplätze bleiben erhalten. Am Vortag demonstrierten ca. 2000 Teilnehmer gegen die mögliche Schließung des Walzwerkes Wuppermann in Leverkusen. Wirtschaftsminister Jochimsen trat auf und bekräftigte, daß die Landesregierung sich mit aller Kraft für den Erhalt des Stahlstandortes einsetzen würde: Sein *»Stahlland«* dürfe nicht *»zum Steinbruch der Interessen anderer Bundesländer«* werden. Nach der Bekanntgabe der Schließungspläne am nächsten Tag erklärte er dann, er lehne eine *»Fusionsprämie«* ab. Das Land werde sich auf keinen Fall an einem *»Geschenk für diese Elefantenhochzeit«* beteiligen. Seine Einschränkung: Er mache die finanzielle Beteiligung des Landes NRW davon abhängig, ob sich die Unternehmen bei ihrenUmstrukturierungsplänen an *»Geist und Buchstaben«* der Montanmitbestimmung hielten.

Brüstete sich Jochimsen noch vor einem Jahr mit der Rettung der Arbeitsplätze — nun führen die Unternehmer die Hilflosigkeit der Politiker vor. Diese können eben, solange die Unternehmer das Sagen haben, ihre Versprechungen nicht einlösen. Was bleibt, ist der Versuch der Politiker, mit neuen Versprechungen die Kollegen vom eigenen Handeln abzulenken. Dabei wird auch noch versucht, die Bedingungen, die Krupp, Klöckner und CRA schaffen, falsch darzustellen, nämlich als wäre es ein Konflikt zwischen Bundesländern: Jochimsen (SPD) gegen Koschnik (SPD)? Mit diesem propagandistischen Gegeneinander wird eines auch klar: Die Sozialdemokratische Partei weist keine einheitliche Richtung bei der Verteidigung der Arbeitsplätze, sondern ist nur Spielball der Interessen der Unternehmer.

Auch die Demontage jeglichen Einflusses der Mitbestimmung ist deutlich genug: Die IGM-Vorstandsmitglieder mußten sich aus der Presse schlau machen. H. Mayr, im Aufsichtsrat von Klöckner, und R. Judith, im Aufsichtsrat von Krupp, wurden so abgewimmelt mit ihren Fragen wie die Betriebsräte und Belegschaften.

Das Werk Haidhof der Maxhütte in Bayern

Auch die Kollegen der Maxhütte wurden von der Fusionsmeldung aufgeschreckt. Als Nebenstandort der Stahlproduktion erfuhren sie seit Jahren am eigenen Leibe, daß sie als erste mit von Rationalisierung betroffen sind, wenn fusioniert wird. Seit der Übernahme von Klöckner wurde die Belegschaft auf ca. 4000 halbiert. Konkret erfuhren sie am 25. 10. durch den Brief an Bangemann, daß das Kaltwalzwerk Haidhof mit ca. 750 Kollegen geschlossen werden soll. Die Landesregierung Bayerns betonte, als sie vom Aufsichtsratsvorsitzenden der Klöckner-Werke, Henle, über die Fusionspläne unterrichtet wurde, sei von konkreten Stillegungsplänen nicht die Rede gewesen.

So schrieb es immer wieder die Presse, aus der die Kollegen ihre Informationen erhalten. Doch Wochen danach wurde der Brief von Strauß an Kohl bekannt, der einen Tag nach dem Besuch des Aufsichtsratsvorsitzenden von Klöckner, Henle, geschrieben war: *»... Für die Maxhütte bedeutet dies zunächst, daß das Kaltwalzwerk der Firma Maxhütte in der Betriebsstätte Haidhof stillgelegt würde... Nach den Darlegungen des Unternehmens, vor allem bei der Begründung des in Durchführung befindlichen Umstrukturierungskonzepts, kann nicht ausgeschlossen werden, daß der gesamte Bestand der Maxhütte und die damit zusammenhängenden 5000 Arbeitsplätze in Frage gestellt werden...«*

Seit Anfang '81 setzen sich die Kollegen der Maxhütte gegen die drohende Schließung ihrer Werksteile zur Wehr, solange kämpfen sie mit Demonstrationen und Einwirkung auf die Öffentlichkeit für die Modernisierung und damit Perspektive ihrer Arbeitsplätze. Klöckner, der Haupteigentümer, hatte die Existenz in Frage gestellt: Alle Arbeitsplätze seien bedroht, wenn Bonn und Bayern nicht etliche Millionen für ein Teilstrukturierungsprogramm bereitstellen würden. Der Höhepunkt der Auseinandersetzung war eine Protestaktion, an der ca. 20 000 Menschen teilnahmen. Dieser »Aufstand« der Industriearbeiter in der eher ländlichen Region Bayerns brachte Bonn und Strauß zum Einlenken. Mit insgesamt mehr als 270 Millionen DM wurde die Maxhütte zu einem der modernsten Stahl- und Walzwerke umgebaut. Klöckner versuchte, noch mehr Geld vom Staat zu bekommen. Versuche, dem bayerischen Staat die hütteneigene Erzgrube »Leonie« oder Anteile davon zu verkaufen, schlugen fehl.

Nun will man die Produkte des Kaltwalzwerkes Haidhof in Bochum und Bremen herstellen. Da in den letzten Jahren die bayerische Staatsregierung immer wieder bekräftigt hat, daß die Maxhütte nicht untergehen darf und notfalls über eine Staatsbeteiligung gerettet werden müsse, greift die IG-Metall das auf und fordert die Einlösung der Versprechen: Der Notfall sei jetzt eingetreten.

1984 wurden für die weitere Modernisierung der Werke fast 130 Mio. DM Strukturhilfe und Investitionszulage gebilligt. Strauß persönlich setzte die neue Vorblockstranggußanlage in Sulzbach-Rosenberg in Betrieb. All diese Investitionen gingen aber an der Fertigung von qualitativ besserem Walzstahl vorbei. Sie dienten fast ausschließlich der Stahlerzeugung. So wird nun die Bedrohung der Arbeitsplätze im Kaltwalzwerk Realität, weil SKK die Produktion in den großen Werken Bochum und Bremen konzentrieren will. Die Investitionen für die Zukunft sind dort geplant. Obwohl ein Teil der Produktion der GMH zur Maxhütte verlegt werden soll, wird diese weniger leistungs- und konkurrenzfähig, bei den übrigbleibenden Produkten gab es schon in früheren Jahren Absatzprobleme. Auch die Verhüttung des eigenen Erzes steht jetzt in Konkurrenz zum australischen Erz. Die Kollegen der Maxhütte werden sich mit den aktiven Teilen der Belegschaft von Osnabrück und Leverkusen verbinden müssen, um gemeinsam ihre Arbeitsplätze zu verteidigen. Nur so ist ein Schritt zu größerer Kraft getan. Ein schrittweiser Abbau führt

zum Ende des Werkes, wie es im Brief von Strauß angekündigt ist.

Strauß hat außerdem am 23.10.1984 an Kanzler Kohl geschrieben: *»Die Erhaltung der Maxhütte ist in der Koalitionsvereinbarung verankert.«* Für SKK ein Hebel, um noch mehr Geld aus Bonn zu erpressen.

Die Politiker in die Verantwortung nehmen?

Vor der Belegschaft der Bremer Hütte sprach der IG-Metall-Sekretär Krenke: *»Wir müssen die Politiker in die Verantwortung nehmen.«* — Sie sollen also die Arbeitsplätze garantieren und sichern und das angesichts der Erfahrungen in Bremen mit der Schließung der AG Weser vor einem Jahr! Da schloß Krupp die Werft und nahm keine Rücksicht auf die Versprechungen von Hans Koschnick — und das vor der Bürgerschaftswahl! Diese Stellungnahme der IG Metall entspricht trotzdem dem Denken der Belegschaft. Von Bremen über Osnabrück und Leverkusen bis zur Maxhütte: Alle verlangen, daß die Politiker ihre Arbeitsplätze retten. Sie sollen die Unternehmer in die Schranken weisen und sie hindern, das Todesurteil für die Betriebe zu vollstrecken. Doch die Politiker können nur Steuergelder geben, die die Konzerne dann in Eigenverantwortung anwenden, d.h. dann wird rationalisiert, dann wird rausgeschmissen.

Die Politiker können keine wirkliche Garantie geben und keine Versprechungen auf Sicherung der Arbeitsplätze halten. Sie arbeiten als staatliche Geschäftsführer für die herrschenden Unternehmer, sind Gehilfen bei der Geldbeschaffung. Sie wollen wiedergewählt werden, ihre Wähler sollen das Vertrauen nicht verlieren, deshalb müssen sie auch auf die Wähler eingehen, dabei die wirklichen Klassenverhältnisse verschleiern. So sind sie »Blitzableiter« und ertragen manchen Unmut der Bevölkerung und der Kollegen in den Betrieben, wenn ihre Versprechungen an den Unternehmerinteressen scheitern. So können die Unternehmer immer wieder Geld von den Politikern erpressen.

Werden einerseits Unternehmen und Arbeitsplätze »gerettet«, bewirken Subventionen gleichzeitig verschärfte Rationalisierung mit steigender Arbeitslosigkeit. 1984 produzierten die deutschen Stahlunternehmen mit ca. 30% weniger Belegschaft fast die Produktion von 1975. Immer größere Stahlkapazitäten wurden geschaffen, die die Stillegungen von Hochöfen, Stahl- und Walzwerken wettmachten. Andererseits wurden mit staatlichen Geldern die Sozialpläne ermöglicht. Damit wird entsprechend der strategischen Bedeutung für die industrielle Produktion und Rüstung eine konkurrenzfähige Stahlindustrie erhalten, deren Belegschaft keine Erfahrung im Klassenkampf hat und individualisiert ist.

Jetzt beginnt in den Werken der Abbau der Belegschaften bis Jahrgang 1935, die ersten 50jährigen sollen in Arbeitslosigkeit und Rente gehen — mit Lohnausgleich, z.B. 92%, 95% oder gar 100%, wie bei den Schmiedewerken Krupp-Klöckner GmbH.

Nicht nur das: Es gibt Kollegen, die durch die Überstunden als »Rentner« mehr verdienen als vorher. Deshalb machen sie auch Überstunden, um ihren letzten Verdienst hochzuschrauben, nach dem der Ausgleich der Firma gezahlt wird. Die Kehrseite ist die Spaltung der Belegschaft. Es entsteht kein gemeinsames Handeln zum Durchsetzen der Forderung *»Arbeitsplätze statt Überstunden«*.

Vor dem restlosen Verschleiß nach jahrzehntelanger Schichtarbeit erfreuen sich so ältere Kollegen eines frühzeitigen Lebensabends, doch in den Kommunen der Stahlbetriebe steigt die Arbeitslosigkeit. Die Jugend verliert Ausbildungsplätze, und die entfallenen Arbeitsplätze sind unwiderruflich weg. Das Argument, die verbliebenen Arbeitsplätze seien sicher, verschleiert nur die Arbeitsplatzvernichtung und dient der Spaltung der Belegschaft.

Die Stahlunternehmer sagen heute schon, sie könnten die Sozialplangelder auch zum Investieren verwenden. So Vondran, Geschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Stahl: Was in der Bundesrepublik an Sozialplangeldern gezahlt wird, wendet Japan für die Modernisierung seiner Stahlindustrie auf.

Doch die Ruhe in der Arbeiterschaft hat ihren Preis. Die Bundesrepublik ist der US-Brückenkopf an der östlichen Grenze des Kapitalismus. Solange es geht, muß der Gedanke

Zu den Klöckner-Verfahren zur Reduktions-, Einschmelz- und Vergasungstechnik auf Kohlebasis

CRA strebt nach der Anwendung neuer metallurgischer Verfahren, die geringeren Kapitaleinsatz erfordern als die Hochofen- und bisherige Stahlwerkstechnik. Außerdem sollen sie bei der Rohstoffauswahl flexibler sein. Umweltfreundlichkeit und Energieeinsparung müssen berücksichtigt werden.

Diese Voraussetzungen haben angeblich die Klöckner-Verfahren. Mit vergleichbarer Technik werden in variierten Konvertern und Produktionsanlagen erzeugt:

Stahl nach dem KS-Verfahren, dabei wird Schrott oder in der Zukunft z.B. Eisenschwamm aus Direktreduktionsanlagen mit eingeblasener Kohle, Zuschlagsstoffen und Sauerstoff geschmolzen:

Roheisen versuchsweise in der Maxhütte aus Erz und Kohle;

Kohlegas durch in flüssiges Eisen eingeblasenen Kohlestaub.

Außerdem bietet Klöckner das in der Maxhütte entwickelte Stahlerzeugungsverfahren OBM an (Oxygen-Bodenblasverfahren-Maxhütte), mit dem schon in vielen Ländern produziert wird.

Probleme und Grenzen bisheriger Metallurgie

Bisher werden in den Industrieländern Stahl und die Walzprodukte daraus in der Nähe der Verbraucher erzeugt. Für die Produktionsanlagen ist eine hochqualifizierte Industrie- und Energie-Infrastruktur erforderlich. Ca. 20% aller in der BRD verbrauchten Energien braucht die Stahlindustrie. Ein kontinuierlicher Ablauf der Produktion muß garantiert sein, ein Hochofen z.B. wird zerstört, wenn das Eisen darin bei Stromausfall in der Steuerung erstarrt. Das Erschmelzen von Roheisen und Stahl erfordert ein hohes Niveau an technischem Können und Wissen, zu dem heute noch die Anwendung der Elektronik kommt. Darüber verfügen die deutschen Stahlkonzerne. Mehrere tausend Sorten Stahl werden für die speziellen Verwendungsarten in der Industrie erzeugt, d.h. Stahl ist ein sehr kompliziertes und differenziertes Produkt.

Die Rohstoffe dafür wurden bisher hierher transportiert: Riesige Mengen Erze und weitere Mineralien, Kohle, Koks, Öl und Erdgas. Könnte ein Multi die Rohstoffe an Ort und Stelle zu Stahl verarbeiten und vielleicht in den Industrieländern zu Fertigprodukten walzen, ergäben sich Kosteneinsparungen. Ein erster Schritt dazu wäre, hochaufbereitetes Erz, festes Roheisen oder Eisenschwamm aus Direktreduktionsanlagen in die Industrieländer zu verschiffen. Dem steht technisch bisher entgegen, daß diese Vormaterialien für die Stahlwerke schwer lager- und transportfähig sind, ferner die bisherigen Stahlerzeugungsverfahren nur eingeschränkt diese einsetzen können.

Das heute gängige Stahlerzeugungsverfahren ist das im LD-Stahlwerk praktizierte. Dazu wird flüssiges Roheisen aus dem Hochofen gebraucht. Man ist also vom Reduktionsprozeß des Erzes mit Koks im Hochofen abhängig. Nur eine bestimmte Menge feste Teile, z.B. Schrott kann mit eingekocht werden. Koks und Schrott sind teuer. Außerdem hat man Interesse, den kontinuierlichen Hochofenprozeß zu ersetzen. Die Klöckner-Stahlerzeugungsverfahren sollen flexibler in den Einsatzstoffen sein als das LD-Verfahren: in bezug auf die genannten Stahlvormaterialien, ferner Primärenergie Kohle. Das Elektrostahlverfahren hat z.B. einige dieser Voraussetzungen, arbeitet mit festen Einsatzstoffen, doch mit dem teureren Strom.

Die Investitionskosten für die Roheisen- und Rohstahlerzeugung sind für die bisherigen Verfahren so gestiegen, daß sie als praktisch nicht mehr finanzierbar angesehen werden.

an den Sozialismus als Ausweg aus der Krise des Kapitalismus aus den Köpfen der Arbeiter herausgehalten werden. Doch das Geld, das in die Stahlindustrie gesteckt wird, fehlt anderswo, zwingt den Staat zu den Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst und zum Abbau sozialer Leistungen. Letztendlich zahlen alles die Arbeiter selbst. Trotz der bisher bewiesenen Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird die Periode der Sozialplanpolitik und Befriedung der Klassengegensätze nicht von Dauer sein. Der sich immer mehr verengende Weltmarkt läßt Westeuropa nicht ungeschoren. Krupp, Klöckner und CRA bereiten sich mit der Fusion darauf vor.

Kapitulation auf Raten oder Widerstand?

In den unmittelbar von der Fusion Klöckner — Krupp bedrohten Standorten Osnabrück, Leverkusen und Haidhof kam es sofort zu Protesten. Sie wurden von Betriebsräten und Vertrauensleuten organisiert, die IG Metall und örtliche Politiker waren dabei. Bei Hoesch in Dortmund kam es zu Arbeitsniederlegungen, die Kollegen der Stahlgießerei konnten die Schließung vorerst verhindern. Weitere Arbeitsplätze sind in Eichen, in Wissen, in Attendorn bedroht. Keiner weiß, was auf Dauer aus dem Standort Peine wird. Bei Thyssen sollen weitere 2000 Leute gehen, ARBED braucht die nächste Finanzspritze usw.

Wo bleibt die IG Metall?

Die Aktionen der letzten Zeit und die Perspektiven für viele Kollegen der Stahlindustrie, bald arbeitslos zu werden, sollten Anlaß genug sein, sofort etwas zu unternehmen. Aber weit gefehlt! Schon auf der IGM-Vertrauensleutekonferenz in Mannheim im November wurde über Stahl diskutiert, weil Delegationen von Wuppermann und der Georgsmarienhütte erschienen waren. Die angereisten Kollegen waren unzufrieden mit dem, was Rudolf Judith sagte: man müsse mit Kanzler Kohl reden usw. Die Entschließung der VK-Leitung von Hoesch zur sofortigen Einberufung einer Stahlkonferenz wurde vom IGM-Vorstand nicht aufgegriffen. Die Aktivitäten erschöpften sich im wesentlichen in Presseerklärungen.

Am 5. Dezember stellte Rudolf Judith auf der Stahlkonferenz der SPD dann Thesen auf:

1. Erhalt der Stahlstandorte »im Kern«. Wo hört der »Kern« auf, wo fängt er an? Das ist die schrittweise Aufgabe der bedrohten Standorte.

2. Sicherung der Beschäftigung, weil »in den Stahlunternehmen die Zahl der Arbeitsplätze nicht zu halten sein wird«. Deshalb Aufbau von »Ersatzarbeitsplätzen«. Das ist schon die Einladung an die Konzernleitungen: Wir geben euch freie Hand, aber macht es nicht zu doll! Andere Arbeitsplätze gibt es von den Unternehmern nicht durch Betteln. Deshalb geht es doch um den Erhalt der in Stahlunternehmen vorhandenen Arbeitsplätze.

3. »Sicherung des sozialen Status« durch »soziale Begleitprogramme«. Die Unternehmer verlangen und verwirklichen die Kürzung und letztendliche Liquidierung von Sozialplänen. Die Regierung unterstützt das. Ohne Kampf für den Erhalt **aller** Arbeitsplätze werden Begleitprogramme sich sehr bald in nichts auflösen.

4. Vergesellschaftung der Stahlindustrie »mit öffentlichen Hilfen« nach einem »Modell« der IGM als Forderung an die Politik. Diese Forderung kann nicht durch den Appell an Politiker durchgesetzt werden, sondern kann nur Ergebnis des Widerstandes der Arbeiterklasse sein gegen die kapitalistische Anarchie.

5. »Erhalt und Ausbau der Mitbestimmung« durch eine »Mitbestimmungsinitiative des DGB«. Nicht Mitverantwortung für kapitalistische Unternehmenspolitik nach Profitgesichtspunkten, sondern Wahrung und Ausweitung der Rechte der Betriebsräte und Kontrolle der Unternehmenspolitik. Nicht die Losungen auf Papier und Pressemeldungen helfen, sondern nur die Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder und ihre Vorbereitung auf den Widerstand.

6. »Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich«. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche hat bestätigt, daß Erfolge am Verhandlungstisch nicht zu holen sind, ohne massiven Druck zu machen. Es ist notwendig, mit den Vertrauensleuten und Kollegen aus den Stahlbetrieben zu beraten, welche Wege beschritten werden müssen, um eine effektive Herabsetzung der Arbeitszeit zu erreichen.

Was ist notwendig?

Eine Stahlkonferenz nur von Spitzenfunktionären ist nicht das Instrument zur Feststellung des Belegschaftswillens. Dem steht die Forderung aus einer Reihe von Betrieben gegenüber, eine solche Konferenz auf breite Füße zu stellen, um die Belegschaften so weit wie möglich einzubeziehen. In dieser Richtung wies auch die Initiative der Klöckner-Betriebsräte von Bremen, die sich mit einem Brief an alle Betriebsräte der Stahlindustrie wendeten, um gemeinsame Positionen zu der geplanten Fusion zu beziehen und den IGM-Vorstand nicht aus seiner Verantwortung zu entlassen.

Ein weiterer Diskussionspunkt kann die Verknüpfung von Bedingungen an Subventionen durch den Betriebsrat sein, wie ebenfalls der Betriebsrat von Klöckner vor einiger Zeit zeigte.

Noch ist es so, daß die Proteste vereinzelt bleiben. Noch wird die Forderung nach Überführung der Stahlindustrie in *»gesellschaftliches Eigentum unter Kontrolle der Belegschaften«* von den Belegschaften nicht aufgegriffen. Trotz Unterschriftensammlungen, Beschlüssen der Gewerkschaftsgremien und Einsatz von engagierten Gewerkschaftern hat sich das Bewußtsein der Arbeiterschaft noch nicht so weit verändert, daß von vielen der Kampf als notwendig angesehen wird. Ein großer Teil der Kollegen hofft noch, einzeln überleben zu können. Zerstört der Unternehmer des Nachbarn Arbeitsplatz, versuchen viele davor die Augen zu verschließen. Jahrelange Sozialpartnerschaftspolitik hinterläßt ihre Spuren: *»Mit der nächsten Krise gehe ich in Rente«.*

Die auf Demonstrationen geäußerten Appelle an die Politiker können unter den gegebenen Verhältnissen vielleicht noch erreichen, daß Landes- oder Bundesregierung Subventionen locker machen. Aber damit wird nur das Wort des Bürgermeisters von Georgsmarienhütte wahr: Wir bezahlen unsere Beerdigung selber. Es nutzt nichts, Illusionen über »nationale Interessen« zu verbreiten. Was notwendig ist: Die Belegschaften müssen die Kontrolle über Kapitalverschiebungen der Konzerne und Produktionsabläufe erringen, um der Zerstörung der Arbeitsplätze Einhalt zu gebieten. ■

Eine Leserzuschrift:

Schmiedewerke Krupp-Klöckner — ein Testfall für die Elefantenhochzeit?

Der jetzt eingeleiteten Fusion der Krupp und Klöckner-Stahlwerke ging der Zusammenschluß der **Schmieden** zum 1. 1. 84 voraus. In den Krupp-Betriebsstätten Bochum, Hagen und Essen und Klöckner Osnabrück wurden einige Betriebsabteilungen stillgelegt. Die Verlagerung der Produktion auf die leistungsfähigsten Anlagen lastete besser aus, die Wirtschaftlichkeit wurde erhöht. Von fast 5000 Beschäftigten wurden 1984 fast 700 entlassen. Kurzarbeit gibt es in den Werken nach vielen Jahren nicht mehr. Zu Beginn wurde der jährliche Synergieeffekt[1] mit 80 Mio. DM/Jahr errechnet.

Wie in der gesamten Stahlindustrie war auch die Schmiedeproduktion seit Mitte der 70er Jahre wegen Überkapazitäten rückläufig. Ein gnadenloser Konkurrenzkampf wurde geführt. Kurzarbeit war in allen Großschmieden an der Tagesordnung (bei Klöckner, Osnabrück im Jahresschnitt 4—5 Tage im Monat). Die Verluste waren erheblich, allein im Krupp-Schmiedebereich 10—15 Millionen DM *pro* Monat.

[1] Synergie = Zusammenfassen und Koordinieren verschiedener Energien

Klöckner: Kein Stahlkonzern mehr

Da in den Industrieländern der Stahlverbrauch seit über 10 Jahren stagniert bzw. zurückgeht und gleichzeitig im wesentlichen die Produktionskapazitäten für Stahl erhalten geblieben sind (es wurden zwar Stahlkapazitäten vernichtet, doch ermöglichten die neuen Anlagen entsprechend hohe Produktion), hat Klöckner seine Konzernstrategie darauf ausgerichtet, als Stahlbasis im wesentlichen nur Bremen zu haben. Dort wurde ein integriertes Werk geschaffen. Eng beisammen liegen Hochofen, Stahlwerk und das Warm- und Kaltwalzwerk. Schon früh ist hier eine Optimierung der einzelnen Erzeugungsschritte des Stahls möglich gewesen.

Eigentliches Ziel war aber in den letzten zehn Jahren, den früher kleinen Unternehmensbereich der stahlnahen und stahlfernen Verarbeitung auszubauen. Seit 1984 beträgt dieser Teil ca. 50% des Umsatzes. Mit Unterstützung vor allem der Deutschen Bank hat Klöckner kleine Firmen aufgekauft. Diese konnten durch Anschluß an den weltweiten Vetrieb und durch die durch den Konzern gegebenen Rationalisierungsmöglichkeiten schon nach kurzer Zeit gewinnbringend produzieren. Die Stahlseite des Konzerns war dabei die Kuh, die bis zum letzten gemolken wurde. Die Stahlerzeugungs- und Walzanlagen wurden auch modernisiert, doch konzentrierte sich Klöckner auf den Verarbeitungszweig. Nur der eigentliche Stahlbereich Bremen, Georgsmarienhütte und Troisdorf, ferner Beteiligungen wie die an der Maxhütte und ALZ N. V. in Genk/Belgien werden in SKK eingebracht.

Mit der Gründung der Tochtergesellschaft SKK besteht die Klöckner-Werke AG mit einem Umsatz von ca. 2,3 Mrd. DM, davon 1 Mrd. im Maschinenbau. Es sind alles gut gehende Firmen, die Weltgeltung haben, z. B. Pentaplast, die auch über eine Produktionsstätte für PVC-Folien in den USA verfügt. Oder der Getränkemaschinenhersteller Holstein & Kappert, der weltweit seine Maschinen vertreibt. Stütze des weltweiten Vertriebs ist das in Familienbesitz (Henle) befindliche Handelshaus Klöckner & Co., über das Geschäfte abgewickelt werden. Dieses ist eines der größten Handelshäuser in Europa und verfügt über ein weltweites Handelsnetz.

Krupp hat die Gesenkschmieden, die Gerlach-Werke und Brüninghaus mit zusammen 500 Mio. DM Umsatz nicht bei SKK eingebracht. Dafür werden Bewertungsgründe angegeben.

Da die Großschmieden von Krupp-Bochum und Klöckner-Osnabrück annähernd die gleiche Produktionspalette hatten, also vorher Konkurrenten waren, bot sich hier eine Zusammenlegung und »Produktbereinigung« an. Es sollte auf die *»leistungsfähigsten Aggregate«* konzentriert werden, wie die Vorstände einmütig erklärten:

Bei Klöckner in Osnabrück durch Stillegung der Betriebsabteilungen
- Weichenbau
- Radsatzbau
- Räder- und Reifenwalzwerk (für den Teil der Rad- und Reifenfertigung für Eisenbahnen jetzt nur noch Ringwalzwerk)

bei Krupp in Bochum: durch Stillegung der Betriebsabteilungen
- Schmiede
- Warmbehandlung
- Mechanische Bearbeitung von Schmiedestücken

bei Krupp in Essen durch Stillegung der
- 2000 t-Schmiedepresse

in Hagen-Wehringhausen (vorher Werksteil von Krupp-Südwestfalen) durch Stillegung der
- 1200 t-Schmiedepresse
- mechanische Bearbeitung von (kleinen) Schmiedestücken

Krupp verpflichtete sich außerdem vor der Fusion, die Schmiede bei Wuppermann in Leverkusen, die sie gerade 1983 mit der Unterstützung der Landesregierung von NRW erworben hatte und deren Arbeitsplätze gesichert sein sollten, zu schließen und die Produktion in die neue Gesellschaft mit einzubringen. (Bemerkenswert ist, daß auch die Walzwerkproduktion der geplanten Fusion zum Opfer fallen soll). Zu diesem Zweck wurde eine sogenannte Wuppermann-Verkaufsgesellschaft gegründet. Sie stellt eine reine Handelsgesellschaft dar und ist 100%ige Tochter der SKK, die Produktion wird großenteils in Essen abgewickelt.

Dieses Konzept wurde von der IGM-Spitze und den Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsräten mitgetragen, weil:

1. die Monatsbestimmung in der SKK erhalten bleibt
2. der Besitzstand der Belegschaften (in Bezug auf Betriebsvereinbarungen und Regelungsabsprachen) auch über die gesetzliche Frist von einem Jahr hinaus bestehen bleiben soll
3. die Personalreduzierungen nur über die bestehenden Sozialpläne abgewickelt werden
4. zumindest die Standorte Osnabrück und Bochum durch Alleingangskonzepte von Klöckner bzw. Fusionspläne von Krupp stark gefährdet waren.

Zu Osnabrück: Bis Ende 1983 wurden die Klöckner-Werke Osnabrück und Georgsmarienhütte als eine Einheit gesehen (Klöckner-»Georgsmarienwerke«) und hatten auch einen **gemeinsamen** Werksvorstand.

Zu Bochum: Der Schmiedebereich des Werkes Bochum sollte — aufgrund der hohen Verluste — im Zuge einer Fusion Krupp/Thyssen geschlossen werden, wie aus internen Krupp-Unterlagen vom Herbst 1983 hervorgeht.

Außer den Demonstrationen in den Werken Essen und Hagen, das ja am stärksten betroffen war und ist, ist kein Widerstand zustande gekommen. Das liegt am Sozialpartnerschaftsdenken der sozialdemokratisch geführten Betriebsräte sowie an der Zusage, alle Entlassungen über die bestehenden Sozialpläne abzuwickeln. Hier zeigt sich, wie die Sozialplanpolitik der letzten Jahre eher dem Kampf die Spitze nimmt, ja — durch Spaltung in ältere Kollegen, die in den »Ruhestand« wollen, und jüngere, die ihre Arbeitsplätze danach sicherer glauben, — den Kampf um den Erhalt **aller** Arbeitsplätze unmöglich macht.

Welche Auswirkungen hat die Fusion auf die Beschäftigten der SKK?

Durch Übernahme der Bochumer, Essener und Hagener Produkte nach Osnabrück zeigt sich eine sehr starke Auslastung der Schmiede und teilweise des Ringwalzwerkes, während die angekündigten zusätzlichen Bearbeitungsstunden in den nachfolgenden Werkstätten ausbleiben (viel Rohversand an die Kunden). Das führt dazu, daß die jungen Facharbeiter und Hilfskräfte in den Bereich Schmiede/Ringwalzwerk umgesetzt und die im Januar auslernenden Facharbeiter (teilweise berufsfremd) in der Produktion eingesetzt werden. 12000 Überstunden im Monat (bei ca. 1800 Beschäftigten) sind üblich, oft sogar noch mehr. (Was sich prositiv aufs Portemonnaie der Kollegen auswirkt nach 2 Jahren Verlusten durch Kurzarbeit).

Neueinstellungen werden nicht oder nur in dem Maße vorgenommen, wie sie zur Aufrechterhaltung der Produktion, z. B. an bestimmten Engpaßmaschinen oder zur gesteigerten Produktion, **dringend** erforderlich sind. So wurden die befristeten Verträge von 10 »Ferienarbeitern« in unbefristete umgewandelt und 6 Leute eingestellt, um Blöcke für das Räder- und Reifenwalzwerk in Bochum, wo nicht genügend Kapazität vorhanden ist, zu sägen. Fehlende Planstellen in den »nichtproduktiven« Bereichen, z. B. Reparatur- und Instandhaltungs- oder Transportbetrieb werden nicht aufgefüllt. Auf Einhaltung der Planzahlen in diesen und im Angestelltenbereich wird von der Unternehmensleitung gedrängt. Es wurde bereits (vom Arbeitsdirektor auf einer Betriebsversammlung im Dezember!) darauf hingewiesen, daß durch die 38-Stunden-Woche **keine** Neueinstellungen vorgenommen werden, sondern verstärkt das Mittel der Mehrarbeit eingesetzt werden soll (bis die Gewinnsituation sich verbessert). ■